

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 648-48 ppbn d

Inhalt

Entwicklungsministerin
Marie Schlei über Willy
Brandts neue Funktion
als Nord-Süd-Vermittler

Seite 1/2

Hans Büchler MdB zum
Abschluß des innerdeut-
schen Hearings

Seite 3/4

Claus Grobecker MdB
verurteilt Mitbestim-
mungsflüchtlinge in der
Großwirtschaft

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 187

29. September 1977

Drei Säulen der Entwicklungspolitik

Willy Brandt wird Wege zum Ausgleich zwischen Nord und
Süd aufzeigen

Von Marie Schlei MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die sozialdemokratische Partei ist dabei, sich ein entwick-
lungspolitisches Programm zu erarbeiten; das Verhältnis der
Partei zur Regierung wird sich dabei zu einer Beziehung
gestalten, wie sie auch in anderen Bereichen der Politik
üblich ist. Der Leitantrag des Parteivorstandes ist hier
eine Wegmarke. Mit ihm ist aber keineswegs die gesamte
Dynamik einer grundwerteorientierten Entwicklungspolitik
ausgeschöpft. Ebenso wenig ist die Regierung ihrer tradi-
tionellen Funktion durch das Engagement, das die Partei
bewiesen hat, enthoben, konstruktiv und vorwärts gerich-
tet zu denken und zu handeln. Sie sieht in dem Leitantrag
ihre progressive Grundhaltung mitgetragen. Ich erwarte,
daß es bei einem fruchtbaren Dialog zwischen Partei und
Bundesregierung bleibt. Wesentlich bleibt neben entwick-
lungspolitischem Programm und entwicklungspolitischer
Phantasie der Partei die Arbeit in Exekutive und Legis-
lative, die nun auf stärkeren Rückhalt und größeres Ver-
ständnis hoffen kann. Dies gilt auch dort, wo die Bundes-
regierung möglicherweise aus der aktuellen Situation her-
aus in der konkreten Politik, also z.B. beim Kampf um Mit-

tel oder bei der Mitgestaltung unserer Politik in einzelnen Ländern, wie im südlichen Afrika, über die Vorstellungen der Partei hinausgehen kann.

Willy Brandt hat in dieser Woche den Vorsitz der internationalen Kommission angenommen, die der Weltbankpräsident McNamara im Frühjahr angeregt hat. Diese Entscheidung hat er sich nicht leicht gemacht. Willy Brandt ist wie kaum ein anderer prädestiniert, eine Mittlerrolle zu übernehmen: Auswege aus Sackgassen aufzuzeigen und die Dialogfähigkeit zwischen Regierungen zu beleben. Er ist in der Lage, Hinweise auf Wege zu geben, die für beide Seiten gangbar sind.

Wenn die Ergebnisse seiner Arbeit Früchte tragen sollen, werden wir und alle an der Neugestaltung der Weltwirtschaft beteiligten Regierungen diese als eine Norm für unsere Zielvorstellungen berücksichtigen müssen.

Willy Brandt ist für die Welt ein Synonym für Friedenspolitik. Er hat die Entspannungspolitik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten entwickelt und durchgesetzt. Von ihm wird erwartet, auch Wege für einen gerechten Interessenausgleich zwischen Nord und Süd aufzeigen zu können. Wenn er seine Aufgabe erfüllt hat, werden die Deutschen durch ihn zum zweiten Mal - nach einer historisch schuldhaft beladenen Zeit - einen Beitrag zum Frieden geleistet haben. McNamara, der selbst von bitteren Erfahrungen geformt ist, sieht in seiner Aufgabe als Weltbankpräsident einen Weg, die tragische Verflechtung Amerikas in Südostasien zu kompensieren. Die Dimension des Aufarbeitens von Schuld in der Allianz zwischen dem fähigen Entwicklungspolitiker McNamara und dem sensiblen Außenpolitiker Brandt ist - auch gegenüber den Entwicklungsländern - Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühung, einen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung wird in Zukunft drei tragfähige Säulen haben: das Engagement der Partei, das Renommee und die Fähigkeiten Willy Brandts als Friedenspolitiker und die grundwerteorientierte Politik dieser Bundesregierung. Sie muß führen, wenn es um die solide Konkretisierung dessen geht, was für den Nord-Südausgleich an Notwendigem zu leisten ist. (-/29.9.1977/bgy/10)

+ + +

Deutschlandpolitik der Koalition ohne Alternative

Innerdeutsches Hearing begrüßt weitere Politik der kleinen Schritte

Von Hans Büchler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung gibt es keine Alternative. Dies zeigte die letzte Runde des Hearings, zu der die Sachverständigen Prof. Dr. Carl Thalheim und Dr. Rainer Lepsius Rede und Antwort standen. Auch bestätigte die Diskussion, daß unter den gegebenen und dargelegten Umständen in der Deutschlandpolitik kleine Schritte Fortschritte bedeuten.

Die Vorträge und die dem Ausschuß vorher vorgelegten Gutachten beider Wissenschaftler bestätigten nahezu übereinstimmend, daß es für die Bürger in beiden deutschen Staaten von wesentlicher Bedeutung ist, wenn die Politik der Bundesregierung unablässig darauf gerichtet bleibt, bestehende Gemeinsamkeiten und traditionell für die Deutschen typische Besonderheiten durch mehr Kommunikation und dafür mehr menschliche Erleichterungen zu stärken.

Prof. Thalheim erklärte, daß gerade die Verbesserungen auf diesem Gebiet "das größte von der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik in den letzten Jahren erreichte Positivum" darstellten. Prof. Thalheim stellte weiter fest, daß es vor allem dort Gemeinsamkeiten gäbe, wo es um die Gestaltung des hochentwickelten Industriestaates, den bedeutenden Anteil geistig und beruflich qualifizierter Bürger, die Leistungs- und Wachstumsgesellschaft gehe.

Prof. Lepsius untersuchte besonders den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Nationalbewußtseins, den materiellen Lebensbedingungen und der Realisierung der individuellen Freiheiten der Bürger. So wie wir als Bürger der Bundesrepublik immer

als positives Bezugssystem die klassischen Verfassungsdemokratien und Industriegesellschaften wie vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien und Frankreich vor Augen hätten, betrachteten die DDR-Bürger die Bundesrepublik Deutschland als das für sie positivste Vergleichssystem.

In Bezug auf andere Staaten des Ostblocks sei das Bewertungsverhältnis gerade umgekehrt.

Je nachdem wie nun das Gefälle zwischen Zielen und Erfüllung der sozialen Bedürfnisse und die Verbreiterung des Freiheitsraumes verlaufe, werde die Entwicklung des neuen Bewußtseins begünstigt oder gebremst.

Der Politiker kann daraus folgern, daß nicht die vom Regime selbst vorgegebenen Bewußtseinsinhalte in Gestalt der marxistisch-leninistischen Ideologie wirksam werden, sondern jene Faktoren, die unmittelbar die humanitären Bedürfnisse der Bürger berühren. Der wohl überzeugendste Beitrag wurde hierbei durch die Deutschland- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition geleistet, der sich die DDR nicht entziehen konnte. Was das neue Bewußtsein in der DDR betrifft, so ist der Bürger dort selbstbewußter, aber auch kritischer geworden. Er kann sich auf gute Verträge berufen und die Schlußakte von Helsinki dann heranziehen, wenn er seine Lage als Bürger mit den darin garantierten individuellen Rechten und Freiheiten verbessern will. Auch hier sei jeder kleine Schritt auf humanitärem Gebiet ein Fortschritt, sagte Prof. Thalheim.

Eine Alternative zur Politik der kleinen Schritte konnte nicht entwickelt werden. Dagegen hätten beide Regierungen genügend Verhandlungsspielraum, um den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten. Realistische Zugeständnisse und Entgegenkommen seien legitime Mittel für den Fortschritt in der Gestaltung vernünftiger Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und bei der Verbesserung der Lage der Bürger. Weder das Nichtstun noch große Erwartungen, so abschließend Prof. Lepsius, seien eine Alternative zu dieser Politik.

(-/29.9.1977/ks/hgs)

+ + +

Klassenkampf von oben gegen Mitbestimmung

Der Flucht aus der Mitbestimmung muß Einhalt geboten werden

Von Claus Grobecker MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Jetzt ist es also klar: Nicht nur durch die höchst überflüssige, das soziale Klima verschlechternde Verfassungsklage, sondern auch durch allerlei Tricks versuchen jetzt die Großunternehmen, das Mitbestimmungsgesetz zu torpedieren und zu unterlaufen.

Jüngster Fall: Der "renommierte" Bremer Kaffeeröster Jacobs hat 550 Beschäftigte durch eine "Umbuchung" in seine Schweizer Holding "überführt" und damit die im Mitbestimmungsgesetz vorgesehene Grenze von 2.000 Beschäftigten unterschritten. Zuvor hat die Nordmende AG 51 Prozent ihrer Anteile an einen französischen Konzern verkauft, um sich damit ebenfalls dem Mitbestimmungsgesetz zu entziehen.

Man fragt sich, ob die so handelnden Unternehmensleitungen und deren Anteilseigner übersehen, welche Konsequenzen mit diesen Gesetzesumgehungen heraufbeschworen werden.

Kein Zweifel: Dies ist Klassenkampf von oben. Die Gewerkschaften sind gut beraten, wenn sie sich auf die Veränderung des sozialen Klimas vorbereiten. Es ist nur zu natürlich, wenn innerhalb ihrer Satzungsorgane erneut eine Verstaatlichungsdebatte einsetzt.

Daß im Falle des Kaffeerösters Jacobs der Betriebsrat unorganisiert und deshalb schwach ist und seine Möglichkeiten aus dem Betriebsverfassungsgesetz nicht ausgenutzt hat, ändert an dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen Gesetzesumgehung durch das Unternehmen und der nötigen schärferen Gangart in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nichts.

Es muß deshalb ernsthaft in Erwägung gezogen werden, ob mit einem Mitbestimmungssicherungsgesetz der Flucht aus der Mitbestimmung Einhalt geboten werden kann.

(-/29.9.1977/ks/hgs)

+ + +